Ein illegales Geschäftsmodell

Bezirk und AnwohnerInnen wehren sich

Die illegalen Machenschaften des Eigentümers des Grundstücks in der Moosstraße 56/58 treiben den Bezirk, die AnwohnerInnen und mich seit Jahren um. Endlich geht es Stück für Stück voran. Es wird aber wohl noch etwas dauern, bis die AnwohnerInnen wieder ihre Ruhe haben.

Das Grundstück Moosstraße 56, 58 ist bereits seit ca. 1959 mit 4 Baracken bzw. Lagerhallen bebaut. Nach der friedlichen Revolution gab es keine Nutzung mehr. Das Grundstück wurde Anfang 2010 durch den Liegenschaftsfonds Berlin verkauft und später als Garagenkomplex ausgebaut und genutzt. Eine andere Nutzung wurde stets durch das Bezirksamt untersagt.

Nachdem das Grundstück viele Jahre recht unauffällig genutzt wurde, begann im Herbst 2020 neues Leben auf das Grundstück zu ziehen. Dem Amt wurde damals durch den Eigentümer nur mitgeteilt, dass Instandhaltungsarbeiten getätigt würden. Stattdessen wurde ein Teil der Garagen zur Wohnnutzung umgebaut. Auch Sanitär– und Aufenthaltscontainer, welche ursprünglich mit dem Verweis auf Baugrunduntersuchungen für einen möglichen Wohnungsbau aufgestellt wurden, wurden nicht wieder abgebaut. Als nächstes folgten Wohncontainer, welche auch auf dem dahinterliegenden Grundstück, welches sich im Besitz der Deutschen Bahn befindet, aufgestellt. Bis vor Kurzem wuchs die Anzahl der Wohncontainer beständig an.

Bereits im Winter 2020/2021 schaltete ich mich ein und suchte den Austausch mit den AnwohnerInnen und dem zuständigen Bezirksamt. Dieses schaute dem Treiben jedoch zunächst nur zu, während die AnwohnerInnen und ich ständig neue Belege für das Treiben des Eigentümers lieferten.

Doch nun geht es voran. Die neue Bezirksstadträtin hat eine Unterlassungsverfügung verschickt und setzt, gemeinsam mit den AnwohnerInnen und mir alles in Bewegung, um dem Treiben ein Ende zu setzen. Laut Anordnung müssen die Container Mitte April 2023 spätestens abgebaut sein. Andernfalls drohen erhebliche Geldstrafen. An den Erfolg glaube ich erst, wenn ich ihn sehe. An dem Thema werde ich aber beständig dranbleiben.

Mehr Rücksicht, mehr Sicherheit

Die Fahrbahnmarkierung wird verlängert

Unter den Brücken am Bahnhof Schöneweide ist es eng. Hier begegnen sich Radfahrende und Autofahrende. Mit einer Markierung und einem Überholverbot soll der Bereich sicherer gestaltet werden.

Manchmal sind es die vermeintlichen Kleinigkeiten, bei denen sich die Gemüter spalten: Viele Menschen haben Angst, unter den Brücken am Bahnhof Schöneweide mit dem Rad entlang zu fahren. Richtung Johannisthal weichen deshalb viele auf den Fußweg aus. In die andere Richtung wird für es für den Rad- und Autoverkehr knapp. Nicht alle haben Verständnis für diese Sorgen.

In diesem Fall war die Sache für mich klar, weshalb ich dafür gestritten habe, dass vor der Brücke nun die Radwegmarkierung bis unter die Brücken verlängert und ein Schild das Überholen der Radfahrenden im Bereich der Brücken verbieten wird.

Sobald die Straßenbahngleise durch den neuen Straßenbahntunnel unterhalb der Brücken zurückgebaut werden, wird das jetzige Provisorium verschwinden und der Platz neu aufgeteilt. Es wird in jede Richtung eine Spur für die Autos und eine Radspur geben, sodass die jetzt noch konkurrierenden Verkehrsteilnehmenden von einander getrennt werden.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Sprechstunde

Montags, 14:30 - 16:30 Uhr
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

Der direkte Draht: 0179 / 39 34 615 (WhatsApp, Telegram, Signal, Threema)
wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Zeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin

Ausgabe 3. Quartal 2022

Gedruckt auf Recyclingpapier

Die Hilfen reichen nicht aus

Die steigenden Preise drohen die Menschen zu erdrücken

Steigende Energiepreise und steigende Lebensmittelpreise. Und nun noch die Gasumlage. Für viele Menschen sind die stark gestiegenen Preise eine extreme Belastung. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Sozialleistungen nicht gestiegen sind.

Wer ALG II oder Grundsicherung bezieht weiß, die Erhöhung im Januar 2022 war ein Witz. Um ganze 3€ oder 0,67% wurde der Regelsatz erhöht. Zugleich sind die Lebensmittelpreise in Deutschland zwischen Sommer 2021 und Sommer 2022 um 14,8% gestiegen.

Aber nicht nur Menschen im Leistungsbezug haben es extrem schwer. Besonders hilflos müssen sich die Menschen vorkommen, die knapp über dem ALGII-Regelsatz verdienen, eine Rente beziehen, die knapp über der Grundsicherung liegt oder aber keinen Anspruch auf Wohngeld haben.

Die Entlastungen der Bundesregierung kommen mir zu langsam. Eine Reform des Wohngeldes soll im Januar 2023 erfolgen. Auch soll ab kommenden Jahr das neue Bürgergeld das derzeitige Hartz-IV-System abschaffen. Dass die Regelsätze hierdurch aber so stark erhöht werden, dass die Preissteigerungen der letzten Monate wieder aufgefangen werden, wage ich noch zu bezweifeln. Die FPD wird dies mit allen Mitteln verhindern wollen.

Ein Licht am Ende des Tunnels ist die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf den Gaspreis. Zwar kommt die neue Umlage obendrauf, zugleich sorgt die Reduzierung der Mehrwertsteuer für eine Senkung der Gaspreise pro Kilowattstunde um immerhin 12%. Diese Mehrwertsteuersenkung müsste nun auch noch für Strom und Heizöl erfolgen.

All die Entlastungspakete kann sich der Staat gut leisten. Die Steuereinnahmen sind in den letzten Monaten, bedingt durch die Inflation und die teils deutlichen Lohnerhöhungen in einigten Branchen, deutlich gestiegen. Wenn es zu Entlastungen kommt, dann wird nur ein Teil dieser Mehreinnahmen zurückgegeben. Wichtig ist, dass diese Entlastungen die kleinen und mittleren Einkommen im Blick haben. Dann gilt auch der Ausspruch von Olaf Scholz: „You'll never walk alone".

Ihr Lars Düsterhöft

Zukunft vs. Vergangenheit

Bebauungsplan für das Müller-Erben-Grundstück kommt voran

Auf einem Teil des ehemaligen Flugplatzes Johannisthal, dem Areal „Müller-Erben“ sollen in den kommenden Jahren neben Gewerbe insgesamt 1800 Wohnung entstehen, darunter Sozialwohnungen, weitere Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, sowie ca. 200 Wohneinheiten für Senioren und Studierende. Ein Mix, welcher die Sanierung der denkmalgeschützten Hallen ermöglicht.

Nachdem es einen erneuten Versuch der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus gab, den Bebauungsplan zu verhindern, wurde dieser Mitte August endlich im Senat beschlossen. Damit wurde der Weg für die Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus endlich frei gemacht.

Das Gelände zwischen Segelfliegerdamm, Groß-Berliner-Damm und Landschaftspark wurde dem ursprünglichen Besitzer Arthur Müller durch die Nationalsozialisten im Rahmen der systematischen Verfolgung der Deutschen mit jüdischen Glauben weggenommen. Die DDR dachte nicht an eine Rückgabe des Geländes, zu sehr war der Unternehmer Arthur Müller auch aus Sicht der Machthabenden unerwünscht. Nach der friedlichen Revolution und dem Niedergang der Industrie stellte sich die Frage neu, wie man mit dem Gelände umgehen soll. Es dauerte bis 2002, bis das Gelände an eine Erbengemeinschaft rückübertragen werden konnte.

Durch eine Vereinbarung mit der Erbengemeinschaft ist es gelungen, 53% der Grundstücksflächen in den Besitz des Landes Berlin zu bekommen. Der Rest befindet sich im Besitz der Bauwert AG und dem israelischen Weizmann-Institut für Wissenschaften. Die Akteure bei der künftigen Entwicklung sind das landeseigene Wohnungsbauunternehmen DEGEWO, die landeseigene Wista Management GmbH und die private die Bauwert AG, welche bereits viel Erfahrung mit der Sanierung von Denkmälern sammeln konnte.

Eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Geländes ist es das industrielle Erbe und die Erinnerung an den Beginn der motorisierten Luftfahrt zu bewahren. Dafür ist auch der Erhalt eines Ensembles von vier Bestandgebäuden am Segelfliegerdamm geplant, die denkmalgerecht saniert und neuen Nutzungen zugeführt werden sollen. Weitere Gebäude zu erhalten und zu sanieren ist nicht möglich. Der Zahn der Zeit und die Zerstörungswut waren in den letzten Jahren zu groß. Zuletzt sorgten mehrere Brände dafür, dass die denkmalgeschützten Gebäude enorm in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Neben neuen Büro– und Gewerbeflächen, die dringend für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes benötigt werden, sollen insgesamt 1800 Wohnungen errichtet werden. Dies soll in einem Mix erfolgen. Etwas weniger als ein Drittel der Wohnungen soll mietpreisgebunden sein und an BesitzerInnen eines Wohnberechtigungsscheins vergeben werden. Etwa ein Drittel der Wohnungen sollen nach marktüblichen Preisen vermietet werden. Etwas mehr als ein Drittel der Wohnungen sollen verkauft werden. Ein kleiner Teil der Wohnungen sollen besonders SeniorInnen und Studierenden vorbehalten sein.

Man darf durchaus kritisieren, dass auf dem Gelände neben den rund 450 Sozialwohnungen auch etwas über 500 Eigentumswohnungen entstehen sollen, aber die Einnahmen aus dem Verkauf, werden die Grundlage für die äußerst kostspielige Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude sein. Die Alternative zur Finanzierung über den Verkauf von Eigentumswohnungen wäre die Umlage der Kosten auf alle neuen Wohnungen oder die Übernahme der Kosten durch die Allgemeinheit. Beides wäre nicht finanzierbar und nicht zu rechtfertigen.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Halle 4 gelegt, welche das Herzstück vom VEB Kühlautomat war, aber nicht denkmalgeschützt ist. Sehr viele Menschen forderten jedoch immer wieder den Erhalt der markanten Halle. Die Überlegungen gehen dahin, das Bestandsgebäude in ähnlicher Kubatur und Materialität und unter Einhaltung der Energieeffizienzanforderungen an moderne Gebäude neu zu errichten. Der industrielle Charakter der Halle soll (z.B. durch Einbindung der Stahlkonstruktion) erhalten bleiben, sodass ein außergewöhnliches und identitätsstiftendes Gebäude mit Ausstrahleffekten auf den gesamten Kiez entsteht. Hier soll auch die Nahversorgung mit Supermarkt, Restaurants und Geschäften verortet werden.

Es gibt viele Menschen, die sich den Erhalt von mehr Gebäuden gewünscht und auch eine andere Nutzung vorgestellt haben. Mir ist es wichtig, dass es nach 28 Jahren endlich zu einer Neunutzung des Geländes kommt. Auch sehe ich in dem Mix der geplanten Wohnungen einen großen Gewinn. Viele Menschen, mit unterschiedlichen Einkommen, werden hier ein neues zu Hause finden und NachbarInnen werden. Diese sogenannte Berliner-Mischung funktionierte bisher stets sehr gut und wird auch Johannisthal sinnvoll erweitern. So wird der letzte große Baustein der Entwicklung des ehemaligen Flugplatzes Johannisthal auf den Weg gebracht.

Bevor es richtig losgehen kann, ist nun aber noch einmal das Abgeordnetenhaus gefragt. Hier muss der Bebauungsplan beschlossen werden. Ich bin zuversichtlich, dass bis Ende diesen Jahres dieser Beschluss erfolgt ist.

Pizza und Politik

Machen Sie einen Ausflug nach Mitte

Waren Sie schon mal im Preußischen Landtag? Der Ort, wo das Abgeordnetenhaus tagt und alle Gesetze beschlossen werden, die unser Zusammenleben in Berlin ausmachen? Haben Sie sich schon mal mit dem Abläufen in einem Parlament befasst? Wissen Sie, wo ich , Ihr Abgeordneter, arbeite?

Besuchen Sie mich! Schauen Sie sich das Haus an, lassen Sie sich rumführen und erfahren Sie von der wechselvollen und einzigartigen Geschichte dieses Gebäudes. Werfen Sie einen Blick ins Parlament und erfahren Sie wie man einen Beschluss im Parlament bewirkt.

Im Anschluss gibt es Pizza und ich beantworte alle Ihre Fragen und wir diskutieren jedes Thema.

28. September, ab 18 Uhr,

im Abgeordnetenhaus von Berlin

(Niederkirchnerstraße 5).

Eine Anmeldung ist für die Planung wichtig und geht an wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de.

Pflegenden Angehörigen eine Stimme geben

Wie das Land Berlin besser helfen kann

Ohne pflegende Angehörige wäre es unmöglich, alle pflegebedürftigen Menschen adäquat versorgen zu können. Denn die meisten Menschen werden nicht in einem Pflegeheim, sondern zu Hause von dem Partner, der Partnerin, der (Schwieger) Tochter oder dem (Schwieger) Sohn versorgt. Für alle Beteiligten eine Ausnahmesituation, die dazu zwingt, gewohnte Grenzen zu überwinden. Nicht selten ist diese Pflege mit Überforderung, Entfremdung und Verzweiflung verbunden. Hilfe, Unterstützung und ein offenes Ohr fehlen all zu oft.

Gemeinsam mit Sonja Kemnitz vom Verein *Wir pflegen!* möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen, von Ihrer Situation erfahren und wissen, wie das Land Berlin Sie besser unterstützten kann.

27. September, ab 18 Uhr

im Kiezklub Johannisthal

(Sterndamm 102)